

24. Februar 1982

## VERTRAULICH

Schweizerbanken auf dem US-Wertschriftenmarkt; Konsultationen mit den USA im Hinblick auf eine mittelfristige Regelung der Insider-Problematik

Departement für auswärtige Angelegenheiten und Justiz- und Polizeidepartement. Gemeinsamer Antrag vom 22. Februar 1982 (Beilage)

Gestützt auf den Antrag des Departements für auswärtige Angelegenheiten und des Justiz- und Polizeidepartements sowie aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

## b e s c h l o s s e n :

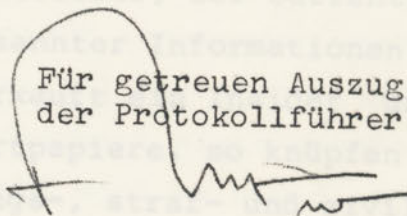
1. Der Aufnahme von Konsultationen im Sinne der Ausführungen über die bilateralen Aspekte der Insiderproblematik mit den USA wird zugestimmt.
2. Die schweizerische Delegation wird von Minister Jean Zwahlen, Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes EDA, geleitet. Ihr gehören überdies Dr. L. Frei, Chef der Sektion Internationale Rechtshilfe EJPD, Dr. S. Arioli, Vizedirektor BAWI, Experten des EDA, sowie ein Vertreter der Eidg. Bankenkommision der Schweiz, Bankiervereinigung und der Schweiz. Nationalbank an.
3. Der Delegationschef wird dem Bundesrat über den Verlauf der Konsultationen Bericht erstatten.

Protokollauszug an:

- EDA 6 zum Vollzug

- EJPD 3 " "

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:




EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDGENOESSISCHES JUSTIZ- UND  
POLIZEIDEPARTEMENT

p.B.11.42.Am.0.1. - GB/kg/fj

Bern, den 22. Februar 1982

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

VERTRAULICH

Schweizerbanken auf dem US-Wertschriftenmarkt;  
Konsultationen mit den USA im Hinblick auf eine  
mittelfristige Regelung der Insider-Problematik

Die nachfolgend dargestellte Problematik hat in den letzten Monaten zu gewissen Spannungen im schweizerisch-amerikanischen Verhältnis geführt:

1. Das z.T. kodifizierte und z.T. auf der Gerichtspraxis fussende amerikanische Börsenaufsichtsrecht stipuliert detaillierte Regeln über den Schutz des Anlagepublikums vor missbräuchlicher Ausnutzung von Informationsvorteilen durch sog. Insider. Als Insider gelten dabei einmal diejenigen Personen, die aufgrund ihrer Organstellung oder als Angestellte in einem besonderen Verhältnis zu einer Gesellschaft stehen, sodann aber auch generell jedermann, der im Besitze vertraulicher, der Öffentlichkeit nicht zugänglicher und nicht bekannter Informationen über eine Gesellschaft ist. Kauft oder verkauft ein Insider unter Benützung seines Wissensvorsprungs Wertpapiere, so knüpfen sich an solche Handlungen Folgen verwaltungs-, straf- und zivilrechtlicher Natur.
2. In letzter Zeit ist die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde Security and Exchange Commission (SEC) im Rahmen der Fusionswelle in den USA einer Reihe von Insiderfällen auf die Spur

gekommen, in denen die Insider ihre Aufträge an US-Börsen von Schweizerbanken mit Sitz in der Schweiz ausführen liessen. Zwei Rechtsbehelfe stehen in einer solchen Situation grundsätzlich der SEC zur Verfügung, um den Namen des Auftraggebers, also des eigentlichen vermutlichen Insiders, in Erfahrung zu bringen:

- Sie kann im Rahmen einer sog. "civil injunctive action" von der betreffenden Bank direkt über ein Zustellungsdomizil in den USA die Preisgabe des Namens verlangen und beim angerufenen Gericht die Untermauerung dieses Begehrens mit einer Strafandrohung, die bis zum Ausschluss vom US-Wertschriftenmarkt gehen kann, beantragen.
- Die SEC könnte sodann versuchen, über das amerikanische Justizministerium gestützt auf den Staatsvertrag über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen vom 25. Mai 1973 (SR O.351.933.6) die Einvernahme von Direktoren der betreffenden Bank als Zeugen zu verlangen.

Was nun sogleich den Rechtshilfeweg in Strafsachen anbelangt, so ist er mit einer Reihe von Imponderabilien belastet. So ist einmal zu bedenken, dass es ein zentrales Anliegen der SEC ist, auf dem Wege der ebenerwähnten "injunction" schneller als dies im Rahmen der Rechtshilfe möglich ist einerseits ein spezialpräventives Mittel in die Hand zu bekommen, um den Insider an weiteren Handlungen ähnlicher Natur zu hindern und den widerrechtlich erworbenen Gewinn zu blockieren. Da es sich bei einem solchen Verfahren nicht um ein solches strafrechtlicher Natur handelt, kann der Rechtshilfevertrag nicht angewendet werden. Sodann dürfte in der überwiegenden Mehrzahl der Insiderfälle das Erfordernis der beidseitigen Strafbarkeit nicht gegeben sein, kennt doch das schweizerische StGB noch keinen diesbezüglichen Straftatbestand. Das Justiz- und Polizeidepartement hat die Problematik des Insider-Missbrauchs durch die Expertenkommissionen für die Revision des Aktienrechts und des Strafrechts prüfen lassen; entsprechende Vorschläge sind ausgearbeitet worden. Der Chef des EJPD wird in einer nächsten Sitzung des Bundesrates über die sein Departement betreffenden Fragen eine Aus-

Aufgrund gewisser Informationen müssen wir davon ausgehen, dass die zur Zeit laufenden Verfahren, die um zwei Fusionsprojekte gehen und in die neben einigen weiteren kleineren Banken die Banca della Svizzera Italiana, die Kreditanstalt, der Bankverein und die Bank Leubard Odier & Cie involviert sind, lediglich die

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass die SEC in denjenigen Fällen, die in der Presse am meisten Staub aufgewirbelt haben, nicht die Rechtshilfe in Anspruch genommen hat, sondern direkt mit Auskunftsbegehren gegen diejenigen Banken vorgegangen ist, welche die Börsenaufträge ausgeführt haben. Die so ins Recht gefassten Schweizerbanken haben dabei vor den zuständigen Gerichten, vor denen diese Verfahren noch immer hängig sind, regelmässig die Einrede erhoben, sie seien im Lichte von Artikel 47 des Bankengesetzes (Bankgeheimnis) und Artikel 273 StGB (wirtschaftlicher Nachrichtendienst) nicht in der Lage, den Namen der Klienten sowie eine Reihe weiterer Angaben preiszugeben, da sie sonst in der Schweiz mit einem Strafverfahren zu rechnen hätten. Eine nähere Analyse der jüngeren US-Gerichtspraxis zeigt jedoch, dass aufgrund einer Interessenabwägung die angerufenen Gerichte wohl nicht mehr Willens sein dürften, diese Einrede gelten zu lassen. Sie werden das Gefühl nicht los, die Banken beriefen sich entweder mala fide auf die obenerwähnten Bestimmungen oder - und dies dürfte wohl in vielen Fällen zutreffen - deren Einschaltung durch Klienten in eine Insidertransaktion sei lediglich mit dem Zwecke erfolgt, unter dem Deckmantel der schweizerischen Geheimnisschutzgesetzgebung in den USA auf eine Art zu operieren, die dort rechtlich verpönt ist. Dies ist umso stossender, als auch nach Auffassung der schweizerischen Banken- und Börsenkreise der Insiderhandel keinen Schutz verdient. Andererseits ist es unseren Banken nicht möglich, in der Flut der täglichen Geschäfte jeden Auftrag auf seine Insiderqualität hin unter die Lupe zu nehmen. Die zuständigen US-Behörden sind nicht mehr länger bereit, einen solchen Zustand hinzunehmen, der sie daran hindert, ihre Anliegen auf dem Gebiete des Anlegerschutzes in effektiver Weise durchzusetzen. Da es aber noch mehrere Jahre dauern wird, bis auf landesrechtlicher und allenfalls auch auf staatsvertraglicher Ebene

3. Aufgrund gewisser Informationen müssen wir davon ausgehen, dass die zur Zeit laufenden Verfahren, die um zwei Fusionsprojekte kreisen und in die neben einigen weiteren kleineren Banken die Banca della Svizzera Italiana, die Kreditanstalt, der Bankverein und die Bank Lombard Odier & Cie involviert sind, lediglich die Spitze eines Eisbergs darstellen und dass eine grössere Anzahl von Verfahren auf uns zuzurollen droht. Die SEC ist offensichtlich entschlossen, bis zu dem für uns bitteren Ende zu gehen, was bedeuten würde, dass jede so ins Recht gefasste Bank, die von ihren Kunden keine nachträgliche Einwilligung zur Preisgabe des Namens erhält, entweder mit Artikel 47 des Bankengesetzes und Artikel 273 StGB in Konflikt zu geraten droht oder aber mit massiven Strafen rechnen muss, die von enormen Geldbussen bis zum Ausschluss vom amerikanischen Wertschriftenmarkt gehen können. Namentlich die letztgenannte Folge müsste als wirtschaftlich von grösster Tragweite qualifiziert werden, wenn man sich vor Augen hält, dass in der ersten Hälfte des Jahres 1981 Schweizerbanken in den USA für \$ 8,5 Milliarden Aktien und für \$ 337 Millionen von Gesellschaften ausgegebene Obligationen umsetzen.
4. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten hat im Lichte dieser Entwicklungen unseren Botschafter in Washington Ende des vergangenen Jahres zwei Mal beauftragt, beim State Department vorstellig zu werden und unser Interesse an der Respektierung unserer Geheimnisschutzgesetzgebung zu manifestieren. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass gerade da, wo unsere Banken bösgläubig eingeschaltet werden, nicht von einer extensiven extraterritorialen Anwendung amerikanischen Börsenaufsichtsrechts gesprochen werden kann, wie dies etwa geltend gemacht wird. Die zuständigen US-Behörden sind nicht mehr länger bereit, einen solchen Zustand hinzunehmen, der sie daran hindert, ihre Anliegen auf dem Gebiete des Anlegerschutzes in effektiver Weise durchzusetzen. Da es aber noch mehrere Jahre dauern wird, bis auf landesrechtlicher und allenfalls auch auf staatsvertraglicher Ebene

die Voraussetzungen für einen reibungslosen Rechtshilfeverkehr geschaffen sind, gilt es, umgehend auf dem Wege von Konsultationen eine mittelfristige Lösung zu finden, welche den politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen beider Staaten in angemessener Weise gerecht wird.

5. Es hat sich in jüngster Zeit erwiesen, dass auch die USA an solchen Konsultationen interessiert sind. Das Bundesamt für Polizeiwesen hat seinerzeit mit Schreiben vom 26. November 1981 dem amerikanischen Justizdepartement einen Meinungs austausch über Fragen des Insiderhandelns im Kontext des bilateralen Vertrages über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen und in Anwendung dessen Artikel 39 vorgeschlagen. In deren Verlauf sollte versucht werden, Wege und Mittel zu finden, um die Möglichkeiten der Rechtshilfe in Strafsachen in ihrer ganzen Fülle auszuschöpfen. Die Antwort vom 20. Januar 1982 lautete grundsätzlich positiv. Die zuständigen US-Behörden haben in Beantwortung unserer diplomatischen Demarchen jedoch zusätzlich bereits die Idee ventiliert, eine Delegation nach Bern zu entsenden, um den Problembereich als ganzen auf diplomatischer Ebene einerseits und auf technischer (Rechtshilfe) andererseits zu besprechen. Damit ergibt sich die Möglichkeit, Konsultationen im Hinblick auf eine mittelfristige Lösung aufzunehmen. Wir haben deshalb diese Initiative begrüsst und gleichzeitig am 22. Dezember 1981 eine Art vorläufigen Waffenstillstand vorgeschlagen. Auch wenn sich die US-Behörden nicht eigentlich zum Verzicht verpflichtet haben, die laufenden Verfahren voranzutreiben, bzw. neue an die Hand zu nehmen, gibt es doch klare Hinweise für ihre Bereitschaft, den Verlauf der erwähnten Gespräche abzuwarten, bevor sie erneut aktiv werden. Andererseits haben sie uns deutlich wissen lassen, dass sich eine Lösung nicht auf die Rechtshilfe beschränken kann, die von der SEC aus den bereits erwähnten Gründen in vielen Fällen aus zu schwerfällig und zu zeitraubend betrachtet wird.

(Wie in Einleitung der Konvention).

6. Die Konsultationen, die sowohl eine generelle Aussprache über die Insiderproblematik als auch einen Meinungs austausch über Fragen der Rechtshilfe umfassen, werden am 1. und 2. März 1982 in Bern stattfinden. Die schweizerische Delegation wird von Minister J. Zwahlen, Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes EDA, geleitet; ihr werden überdies Dr. L. Frei, Chef der Sektion Internationale Rechtshilfe EJPD, sowie Vertreter des EDA, der Eidg. Bankenkommission und weitere vom Bundesrat zu bestimmende Experten angehören. Das EDA und das EJPD haben zusammen mit Vertretern der übrigen interessierten Departemente, der Bankenkommission und der Nationalbank in letzter Zeit intensive Kontakte mit schweizerischen Bankenvertretern gepflogen und in deren Verlauf eine Bereitschaft festgestellt, zu einer vorläufigen Lösung Hand zu bieten. Sie haben sich bereit erklärt, auf der Grundlage einer im einzelnen noch zu bereinigenden berufsständischen Vereinbarung gemäss beigelegtem Entwurf eine Lösung zu suchen, die den beidseitigen Interessen in vertretbarer Weise Rechnung trägt. Aus politischen Gründen kann es jedoch nicht in Frage kommen, dass die Bankiervereinigung direkt mit den zuständigen amerikanischen Stellen verhandelt. Jedoch erscheint es angebracht, einen Vertreter dieser Vereinigung zu den vorgesehenen Konsultationen beizuziehen.
  
7. Der Bundesrat erteilt der schweizerischen Delegation folgende Instruktionen:
  1. Die schweizerische Delegation hat von den folgenden Voraussetzungen auszugehen:
    - 1.1. Vorrang des Rechtshilfeweges in Straf- und Zivilsachen (z.Zt. für Betrug, ungetreue Geschäftsführung, Verletzung von Geschäftsgeheimnissen, Art. 148, 159, 162 StGB; Privatperson als Kläger im amerikanischen Zivilverfahren) und insofern bloss subsidiäre Geltung einer privatrechtlichen Konvention zwischen den Mitgliedern der Bankiervereinigung (Wie in Einleitung der Konvention).

1.2. Orientierung der amerikanischen Delegation über die Grundzüge einer Insiderregelung auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg.

1.3. Orientierung der amerikanischen Delegation über möglichen Inhalt einer berufsständischen Vereinbarung (Mitwirkung der Bankiervereinigung) unter Beachtung folgender Rechtsfragen:

beantragen:

1.3.1 Ausdrücklicher Verzicht des Bankkunden auf Bankgeheimnis oder Zustimmungserklärung des Kunden im Falle einer entsprechenden Aenderung der allgemeinen Geschäftsbedingungen (Art. 1, 1. Satz der Konvention).

1.3.2 Mitwirkung des Bundesamtes für Polizeiwesen (internationale Rechtshilfe) bleibt einstweilen offen (Art. 2, Ziff. 4.1. Bst. a, Ziff. 4.2., Ziff. 6 der Konvention).

1.3.3 Definition des Insiders darf keinerlei präjudizielle Bedeutung haben für ordentliche Gesetzgebung oder eventuelle zukünftige staatsvertragliche Regelung (Art. 2, Ziff. 4.2. Bst. a-c der Konvention).

1.3.4 Keine unverhältnismässige Diskriminierung von US-Anlegern gegenüber anderen (Art. 2, Ziff. 4.3 der Konvention).

1.3.5 Geltungsdauer der Konvention bis zum Inkrafttreten einer schweizerischen Gesetzgebung über Insidergeschäfte und/oder einer staatsvertraglichen Regelung (im Gegensatz zu Artikel 6 Absatz 2 der Konvention).

8. Die Finanzverwaltung und das Bundesamt für Aussenwirtschaft stimmen unserem Antrag zu.

Pierre Aubert

Kurt Furgler



Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement beehren sich daher, Ihnen zu

Vollzug  
10 Exemplare zum Vollzug  
1 Exemplare zur Kenntnisnahme  
1 Exemplare zur Kenntnisnahme

b e a n t r a g e n :

über eine berufsständischen Vereinbarung der Schweizerischen Bankiervereinigung (Entwurf IV, in der Fassung vom 19.2.1982) SEC.

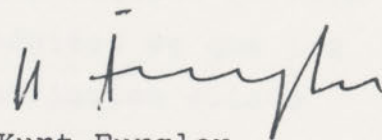
1. Der Aufnahme von Konsultationen im Sinne der vorstehenden Ausführungen über die bilateralen Aspekte der Insiderproblematik mit den USA wird zugestimmt.
2. Die schweizerische Delegation wird von Minister Jean Zwahlen, Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes EDA, geleitet. Ihr gehören überdies Dr. L. Frei, Chef der Sektion Internationale Rechtshilfe EJPD, Experten des EDA, weitere vom Bundesrat zu bestimmende Experten, sowie ein Vertreter der Eidg. Bankenkommision und der Schweizerischen Bankiervereinigung an.
3. Der Delegationschef wird dem Bundesrat über den Verlauf der Konsultationen Bericht erstatten.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



Pierre Aubert

EIDGENOESSISCHES JUSTIZ- UND  
POLIZEIDEPARTEMENT



Kurt Furgler

Projet du  
19 février 1982

- 9 -

Projet IV

Protokollauszug an:

- EDA, 10 Exemplare zum Vollzug
- EJPD, 10 Exemplare zum Vollzug
- EVD, 4 Exemplare zur Kenntnisnahme
- EFD, 4 Exemplare zur Kenntnisnahme

CONVENTION XVI

de l'Association suisse des banquiers

Beilage:

relative au traitement des demandes de renseignements de la Securities and Exchange Commission des Etats-Unis  
Entwurf einer berufsständischen Vereinbarung der Schweizerischen Bankiervereinigung (Entwurf IV, in der Fassung vom 19.2.1982) gegenüber SEC.

Considérant les enquêtes de la Securities and Exchange Commission des Etats-Unis (ci-après : SEC) sur les abus d'informations privilégiées et dans la mesure où les banques ne peuvent pas être tenues de fournir des informations dans une procédure d'entraide judiciaire, les établissements membres de la présente convention (ci-après : les banques) s'engagent à respecter les prescriptions suivantes :

Article 1er

Les banques font accepter par leurs clients la disposition suivante :

- \*1. Si le client donne des ordres de bourse à exécuter à une bourse des Etats-Unis, la banque est expressément autorisée à révéler les informations énumérées au chif. 2, lorsque la SEC en a fait la demande dans le cadre d'une enquête qu'elle conduit sur des abus d'informations privilégiées et que les dispositions de la convention XVI de l'Association suisse des banquiers sont applicables.

Projet du  
19 février 1982

Projet IV

C O N V E N T I O N X V I

de l'Association suisse des banquiers

relative au traitement des demandes de renseignements de la Securities and Exchange Commission des Etats-Unis sur les abus d'informations privilégiées

Considérant les enquêtes de la Securities and Exchange Commission des Etats-Unis (ci-après : SEC) sur les abus d'informations privilégiées et dans la mesure où les banques ne peuvent pas être tenues de fournir des informations dans une procédure d'entraide judiciaire, les établissements membres de la présente convention (ci-après : les banques) s'engagent à respecter les prescriptions suivantes :

Article 1er

Les banques font accepter par leurs clients la disposition suivante :

- "1. Si le client donne des ordres de bourse à exécuter à une bourse des Etats-Unis, la banque est expressément autorisée à révéler les informations énumérées au chif. 2, lorsque la SEC en a fait la demande dans le cadre d'une enquête qu'elle conduit sur des abus d'informations privilégiées et que les dispositions de la convention XVI de l'Association suisse des banquiers sont applicables.

2. Les informations qui peuvent être communiquées sont les suivantes :
- a) nom, adresse et nationalité du client identifié conformément aux prescriptions et usages suisses.
  - b) tous les détails des opérations passées par le client sur les valeurs faisant l'objet de l'enquête durant les 6 mois précédant la présentation de la demande de la SEC aux autorités suisses.
3. Le client accepte en outre que, si les conditions ci-dessus sont réunies, la contre-valeur du gain (ou de la perte évitée) soit bloquée à la disposition de la SEC."

## Article 2

1. Le conseil d'administration de l'Association suisse des banquiers désigne une commission d'examen (ci-après : la commission) composée de trois membres et de trois suppléants. Les membres de la commission ni leurs suppléants ne peuvent exercer de fonction exécutive dans un établissement soumis à la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne.
2. La commission est domiciliée au siège de l'Association suisse des banquiers.
3. La commission organise elle-même son secrétariat.
- 4.1 La commission traite les demandes d'informations de la SEC lorsque
  - a) la demande lui est transmise par l'Office fédéral de la police;

- b) la demande est dûment documentée et accompagnée d'une confirmation de la SEC que cette dernière met à la disposition de la commission toutes les informations justificatives dont elle dispose et qu'elle est libre de révéler.

4.2 La commission exige de la banque un rapport avec toutes les pièces justificatives utiles. Elle répond à la demande, en remettant à l'Office fédéral de la police, à l'intention de la SEC, un rapport accompagné des pièces justificatives, si

a) elle admet que le client est

1. l'organe, le réviseur, le mandataire ou le conseiller d'une société concernée par une information privilégiée ou d'une société qui lui est affiliée,

ou qu'il est

2. l'organe d'une société qui assume les fonctions de réviseur, de mandataire ou de conseiller d'une société concernée par une information privilégiée,

ou qu'il est

3. un intermédiaire professionnel;

b) l'ensemble des ordres passés par le client sur les valeurs faisant l'objet de l'enquête dépasse le montant de \$ 200'000.-- ( pour les options, ce montant est celui des titres sur lesquels elles portent);

c) le cours des valeurs faisant l'objet de l'enquête a subi une variation d'au moins 50 % dans les 25 jours précédant l'ouverture de l'enquête ou l'événement qui l'a provoquée.

4.3 Si le client est une personne physique (à l'exclusion des ressortissants suisses qui ne sont pas citoyens des Etats-Unis) ou morale résidente des Etats-Unis ou un citoyen des Etats-Unis, les informations mentionnées à l'art. 1, chif. 2 seront fournies même si les conditions du chif. 4.2, lit. a ci-dessus ne sont pas remplies.

5. Le client, au sens de la présente convention, est l'ayant droit des fonds identifié conformément à l'art. 3 de la Convention relative à l'obligation de diligence lors de l'acceptation de fonds et à l'usage du secret bancaire.

6. Si les conditions pour la transmission de renseignements à la SEC ne sont pas remplies, la commission remet à l'Office fédéral de la police, à l'intention de la SEC, un rapport qui explique les motifs.

### Article 3

Les banques acceptent qu'en cas de doutes quant à l'exactitude des renseignements transmis, la commission d'examen ou la SEC demande à la Commission fédérale des banques de contrôler si la réponse donnée est conforme aux faits et à la présente convention. Si des inexactitudes sont constatées, les informations exactes sont transmises à la SEC. Toute autre mesure est de la compétence de la Commission fédérale des banques dans le cadre de la loi sur les banques et les caisses d'épargne.

#### Article 4

Les banques s'engagent à mettre les montants bloqués aux termes de l'article 1er, chif. 3, à la disposition de la commission. Cette dernière les transmettra sur demande à la SEC, si

a) le montant exigé n'est pas plus élevé que le gain illicite;

b) la procédure a abouti à une décision passée en force.

Les moyens de preuves concernant les conditions figurant sous

a) et b) doivent être transmis par le canal de l'Office fédéral de la police.

#### Article 5

En cas de violation des dispositions de la présente convention, le Conseil d'administration de l'Association suisse des banquiers

a) adresse un avertissement à la banque responsable;

b) dans les cas graves ou s'il y a récurrence, exclut la banque de la convention et en informe la Commission fédérale des banques et la SEC.

#### Article 6

La convention est conclue pour une durée ferme de trois ans à compter du ..... Elle est renouvelée d'année en année si elle n'est pas dénoncée par l'un de ses membres avec un préavis d'au moins six mois à adresser à l'Association suisse des banquiers. En cas de dénonciation, toutes les parties à la convention doivent en être informées sans délai; elles ont alors le

334

droit, pendant un mois, de se joindre à la dénonciation lors même qu'il n'y aurait plus six mois à courir jusqu'au terme de dénonciation.

24. Februar 1982

La convention sera réexaminée en cas d'introduction d'une législation suisse concernant l'abus d'informations privilégiées ou de modifications fondamentales de la pratique à cet égard.

Au cas où la convention serait abrogée, les procédures déjà ouvertes auprès de l'Office fédéral de la police seront menées à terme.

Departement des Innern. Antrag vom 5. Februar 1982 (Beilage)  
 Finanzdepartement. Mitbericht vom 15. Februar 1982 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

B e s c h l o s s e n :

1. Dem von Herrn Charles B l u n i e r, Leiter der Sektion Finanzen, Sektionschef der 3. Besoldungsklasse, beim Amt für Bundesbauten, eingereichten Gesuch um Beförderung in die 2. Besoldungsklasse wird gestützt auf die Gutachten der Koordinationskommission und der begutachtenden Kommission für die Bewertung höherer Stellen nicht stattgegeben.
2. Dem von Herrn Alfred M u h l e m a t t e r, Leiter der Sektion Hausdienst und Mobiliar, Sektionschef der 3. Besoldungsklasse, beim Amt für Bundesbauten, eingereichten Gesuch um Beförderung in die 2. Besoldungsklasse wird gestützt auf die Gutachten der Koordinationskommission und der begutachtenden Kommission für die Bewertung höherer Stellen nicht stattgegeben.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilagen) an:

- EDI 5 (GS 3, PD 2) zum Vollzug
- EPD 12 (GS 7, EPA 5) zur Kenntnis
- EPK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

